Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis bei Abholung in der Ausgabestelle der Stadt 1.80 RM., in den Ausgabestellen des Landbezirks 1.90 RM., bei Zutragung im Stadtgebiet 1.95 RM., bei Zutragung im Landgebiet 2.00 RM.
Wochenkarten 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonntagsnummer 30 Pfg.
Postscheckkonto: Leipzig 28301. Gemeindegirokonto: Frankenberg.
Fernsprecher 31. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: Der Grundpreis für die 36 mm breite einspaltige Petitzeile beträgt 20 Goldpfennig, für die 147 mm breite amtliche Zeile 30 Goldpfennig, für die 72 mm breite Zeile im Reklameteil 60 Goldpfennig. Mehr Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 1 Zeile Sondergebühr. — Für schwierige Sätze und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck und Verlag: G. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert in Frankenberg

№ 291 — Donnerstag den 15. Dezember 1927 nachmittags — 86. Jahrgang

Kurzer Tagesspiegel

Der Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung die Beamtenbesoldungsvorlagen in 3. Lesung mit 333 gegen 53 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen.

Lindbergh ist gestern nachmittag in Mexiko-City glücklich gelandet.

Nach einer Mitteilung seitens des Reichsfinanzministers ist dem Reichstag der Entwurf eines Minister-Pensionsgesetzes zugegangen.

Der Reparationsagent Gilbert ist nach den Vereinigten Staaten abgereist. In Paris hatte er eine Unterredung mit Poincaré.

Das neue amerikanische Flottenbauprogramm ist dem Kongreß zugegangen.

Auf der Berlin-Münchener Strecke ereignete sich ein Eisenbahnunfall bei dem 7 Personen verletzt wurden.

Die Schlichtungsverhandlungen in der Eisenindustrie sind gestern wiederum ergebnislos verlaufen.

Der litauische Ministerpräsident, der heute Paris verläßt, wird sich auf der Rückreise nach Kowno 2 Tage in Berlin aufhalten.

Der Vertrag zwischen England und dem Irak ist gestern abend unterzeichnet worden.

Die englische Regierung bereitet einen neuen Seeabrüstungsplan vor.

Bilanz in Genf

Von einem nach Genf entsandten Sonderberichterstatter.

Genf, 13. Dezember.

In 14 Tagen beginnt in sämtlichen Geschäftshäusern die Inventuraufnahme und im Anschluß daran wird die Gewinn- und Verlustrechnung des letzten Jahres aufgestellt. Der Völkerbund in Genf kann sich beglückwünschen, daß er nicht gesetzlich verpflichtet ist, jedes Jahr die Bilanz zu ziehen. Müßte er es diesmal tun, so würde sie voraussichtlich ein Ergebnis haben, auf Grund dessen jeder ordentliche Kaufmann Bankrott anzeigen müßte. Vier Ratstagungen und eine Vollversammlung ohne das geringste positive Resultat. Nicht ein Konflikt ist beigelegt, um die meisten hat man sich herumgedrückt, die kleineren Staaten haben den Gehorsam verweigert, kurz, das Ansehen des Völkerbundes hat in jeder Weise gelitten. Mußte noch vor wenigen Jahren ein Staat, der den Frieden brach, annehmen, daß die Exekutivarmee des Völkerbundes sich gegen ihn wenden würde, so ist heute auch nur dieser Gedanke geradezu lächerlich. Die Exekutivarmee möchte ich mal sehen! Ehe die zusammengebracht ist, ehe man sich über ihre Zusammensetzung, den Oberbefehl, den ganzen Rattenkönig von Fragen, die damit zusammenhängen, auch nur verständigt hat, ist der Krieg, in den sie eingreifen soll, bestimmt längst zu Ende. Man wagt ja auch gar nicht mehr, damit zu drohen. Woldemaras und Zaleski haben sich auf einer Kompromißhalts gefunden, die nicht Fisch und nicht Fleisch ist. Sie haben hinterher sofort erklärt, daß sie sich durch nichts gebunden fühlen und sie werden es sich noch sehr überlegen, ob sie das Kriegsbeil wirklich begraben sollen.

Hat der Völkerbund bei dem litauisch-polnischen Konflikt versagt, so kann man es billigerweise nicht verwunderlich finden, daß er den Mittelmeerkonflikt überhaupt nicht in Angriff genommen hat, denn von Frankreich und Italien hätte er noch eine ganz andere Antwort bekommen, wie Litauen und Polen sie erteilt haben. Briand hat freilich versucht, hinter den Kulissen eine Zusammenkunft mit Mussolini vorzubereiten, um sich einmal gründlich auszusprechen. Jetzt antwortet der „Duce", daß er sich mit dem französischen Außenminister nur treffen werde, wenn dieser vorher fünf Bedingungen angenommen habe. Die Forderungen lauten, Frankreich müsse anerkennen, daß Italien die an der Adria und am Balkan am meisten interessierte Macht ist, seine Mittelmeerpolitik von Grund auf ändern und die antiitalienische Politik Südslawiens nicht mehr unterstützen. Das sind Bedingungen, wie sie sonst der Chefgeneral einer siegreichen Armee den um Waffenstillstand bittenden, völlig geschlagenen Gegnern aufzuerlegen pflegt; daß Mussolini gewagt hat, Frankreich diese Bedingungen zu stellen, zeigt einmal, wie überlegen man sich in Rom bereits fühlt, und andererseits beweist es, daß Italien weder diese Zusammenkunft noch andere Verhandlungen will. Es gibt Statistiker, die sehr sorgfältig ausgerechnet haben, daß der französisch-italienische Krieg im Jahre 1935 ausbrechen würde, weil in diesem Jahre der italienische Bevölkerungsüberschuß und der französische Geburtenrückgang den Ausgleich zwischen der zahlenmäßigen Stärke beider Völker herbeigeführt haben werde. Es wäre aber immerhin möglich, daß die Weltgeschichte, die ja vorläufig noch von Staatsmännern und nicht von Mathematikern gemacht wird, ein etwas rascheres Tempo anschlägt und daß es an der Adria noch vor dem Jahre 1935 zum Zusammenprall kommt.

Wenn Deutschland für sich die Bilanz ziehen will, was ihm die diesjährigen Genfer Beratungen gebracht haben, so wird es ebenfalls mit Betrübnis feststellen müssen, daß 1927 ein sehr unergiebiges Jahr gewesen ist. Es ist natürlich Unsinn, den deutschen Außenminister jedesmal bei seiner Ankunft auf dem Anhalter Bahnhof weihnachtsselig zu empfangen und die große Kinderfrage zu stellen: „Hast du uns was mitgebracht?" Wir können natürlich nicht erwarten, daß Stresemann jedesmal mit einem großen Sack voll Geschenken aus Genf zurückkommt, denn der Völkerbund ist schließlich kein Wohltätigkeitsinstitut. Heute müssen wir aber resigniert konstatieren, daß er noch nicht einmal die kleinste Nascherei aus der Paletottasche hervorgezaubert hat. Das ist natürlich nicht seine Schuld. Dr. Stresemann hat für Deutschland schon so vieles erreicht, sein lauteres Wollen und seine nationale Gesinnung stehen so außer jedem Zweifel, daß niemand ihm persönlich auch nur den leisesten Vorwurf machen wird. Es ist auch wahrscheinlich sehr richtig gewesen, daß der Außenminister dieses Mal die Räumungsfrage gar nicht zur Sprache gebracht hat, denn er hätte sich doch eine glatte Abfuhr geholt.

Dr. Stresemanns Politik und wohl auch seine Person sind in Deutschland heiß umstritten worden. Im Ausland nicht. Wenn man einen Südamerikaner fragt, welche Deutschen seine Landsleute kennen, so sagt er, wie aus der Pistole geschossen: „Zwei! Hindenburg und Stresemann!" Hindenburg kennt er als Generalfeldmarschall und Stresemann als denjenigen, der seit vier Jahren die deutsche Außenpolitik leitet und das Reich in den Völkerbund geführt hat.

Der deutsche Außenminister ist kein Genie. Genies sind überhaupt selten, und es gibt sehr kluge und vernünftige Leute, die gegen Menschen mit dem schmückenden Beiwort „genial" ein unüberwindliches Mißtrauen hegen. Dr. Stresemann ist ein klarer Kopf mit gesundem Menschenverstand und starker Willenskraft, der etwas hat, was jeder Politiker unbedingt haben muß: Witterung für Konjunktur. Er hat den Blick für das Erreichbare und will nie mehr erreichen, als er kann. Deshalb kann er, was er will. Vom Glück begünstigt, im Leben von Erfolg zu Erfolg geschritten, hat er die glückhafte Sicherheit des Handelns, die so unendlich wichtig ist.

Es wäre ein Unrecht, in diesem Zusammenhang nicht auch die Frau zu erwähnen, die an seiner Seite steht. Es gibt viele nette Anekdoten, die sich mit Frau Käte Stresemann beschäftigen und den angeblich ungeheuren Einfluß illustrieren sollen, den sie auf die Gestaltung der deutschen Politik ausübt. Jede Anekdote übertreibt. Niemand, der Frau Dr. Stresemann in Berlin und Genf zu beobachten Gelegenheit hatte, wird abstreiten, daß sie eine der wenigen Frauen ist, die politischen Fingerspitzengefühl haben. Nimmt man noch ihren persönlichen Charme hinzu, der ihr eine überragende gesellschaftliche Position verschafft hat, so ist ohne weiteres klar, daß sie auch einen gewissen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge hat.

Zwei ehrgeizige Menschen haben sich hier zusammengefunden. Es gibt Leute, die den Ehrgeiz tadeln. Das sind entweder Philosophen oder Menschen, die es zu nichts gebracht haben. Jeder Mann, der vorwärts kommen will, muß Ehrgeiz haben. Dr. Stresemanns Ziel ist von vornherein gewesen, in der Politik seines Landes einmal eine Rolle zu spielen. Er hat dieses Ziel erreicht. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes weiß heute, was sie ihm zu danken hat.

Wahlvorbereitungen

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 15. Dezember.

Jedes organisierte Parteimitglied weiß, wie außerordentlich schwer es für einen neuen Bewerber ist, bei einer Parlamentswahl an aussichtsreicher Stelle aufgestellt zu werden. Die „alten und bewährten" Vertreter des Wahlkreises setzen sich fast immer durch und das Schillerwort: „Sei im Besitze und du bist im Recht" trifft auf nichts besser zu als auf eine Kandidatennominierung. Die Folge davon ist, daß man fast in jedem Reichstag dieselben Gesichter wiedersieht und sich direkt Mühe geben muß, auch mal ein paar neue Abgeordnete zu entdecken, die zudem meistens ganz verschüchtert auf den hintersten Plätzen sitzen und wiederum Jahre brauchen, ehe sie sich in ihrer Fraktion durchgesetzt haben.

Wenn nicht alles täuscht, wird der kommende Reichstag sich darin vorteilhaft von seinen Vorgängern unterscheiden, daß er viel frisches Blut aufweisen wird. Nicht nur, daß die voraussichtlich stattfindende Verschiebung der Parteistärken sowieso neue Abgeordnete ins Parlament bringen muß, werden auch diesmal zahlreiche Abgeordnete freiwillig ausscheiden, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Besonders die Demokraten werden in wesentlich anderer Zusammensetzung wiederkommen. Ihre ältesten Führer, die Fischbeck, Kopsch und Götz lassen sich nicht wieder aufstellen; außerdem haben auch Korell, Bernstorff, Bergsträßer und Schücking verzichtet. Dafür kandidieren Reinhold und Bötz, Chefredakteur Bernhardt von der „Vossischen Zeitung" und der Nürnberger Oberbürgermeister Luppe. Das bedeutet aber eine Verstärkung des linken Flügels der Fraktion, da die ausscheidenden Mitglieder fast alle mehr rechts standen, während die neuen Kandidaten mit Ausnahme von Reinhold mehr nach links tendieren.

Die Deutsche Volkspartei will ihren Wahlkampf, ebenso wie das Zentrum, ohne jede Bindung nach rechts oder links führen, hat sich aber bereits darauf eingerichtet, im Gegensatz zu früheren Wahlen dieses Mal einen großen Teil ihrer Stoßkraft nach rechts zu entfalten. Sie hofft, außer ihren bisherigen Wählern auch einen Teil der Angestelltenschaft wie vor allem die Gewerbetreibenden für sich gewinnen zu können. Interessant ist, daß die Volkspartei, wie wir aus bester Quelle wissen, in ihrem Wahlaufruf zur Judenfrage Stellung nehmen und jeden Rassenantisemitismus auf das allerschärfste ablehnen will.

Im Gegensatz dazu dürfte der völkische Gedanke bei dem Wahlkampf der Deutschnationalen eine gewisse Rolle spielen, wie es überhaupt scheint, daß diese Partei bei der Aufstellung ihrer Kandidaten dieses Mal Vertretern der schärferen Tonart den Vorzug gibt. So soll in Magdeburg der Landgerichtspräsident Hoffmann, bekannt aus dem Schröder-Haas-Prozeß, aufgestellt werden, auf dessen Nomination der „Stahlhelm" Wert gelegt hat, dem überhaupt bei Aufstellung der deutschnationalen Listen ein starker Einfluß eingeräumt werden dürfte.

Der „völkisch-nationale Block" des Herrn Wulle dürfte dagegen vom „Stahlhelm" eine entschiedene Absage bekommen, während sich der „Werwolf" prinzipiell zu dieser Idee bekannt hat. Es ist beabsichtigt, außer sämtlichen völkischen Parteien einschließlich der Deutschsozialen, den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, den Königin-Luise-Bund, die deutsche Studentenschaft und die deutsche Turnerschaft zum Beitritt aufzufordern, die aber wohl sämtlich ablehnen werden.

An neuen Kandidaten bei anderen Parteien sind noch Dr. Luther für die Deutsche Volkspartei und Dr. Köhler für das Zentrum zu erwähnen. Dr. Wirth dürfte, wie wir aus bester Quelle hören, nicht wieder aufgestellt werden.

Die Wilnafrage

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 15. Dezember.

Von zuständiger Seite erfahren wir, daß der Brief des deutschen Reichsaußenministers an den Vorsitzenden des Völkerbundsrates auf die scharfe Kritik zurückzuführen ist, die Jules Sauerwein im „Matin" an der Regelung der polnisch-litauischen Frage geübt hat. Man ist in deutschen Kreisen erstaunt darüber, daß Stresemann und nicht Briand diesen Brief abgesandt hat, doch ist der französische Außenminister, wie wir erfahren, vorher unterrichtet gewesen, und hat den Schritt Dr. Stresemanns vollkommen gebilligt.

Wie wir weiter erfahren, steht die deutsche Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß in der polnisch-litauischen Frage in Genf ein bedeutender Erfolg erzielt worden ist. Diesen erblickt man darin, daß durch die getroffene Vereinbarung die Gefahr eines offenen Konfliktes zumindestens für 6 Monate als beseitigt gelten kann. Deutscherseits hatte man durchaus den Eindruck gewonnen, daß der Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen beiden Ländern keinesfalls außer dem Bereich des Möglichen gelegen hätte. Da die Unversehrtheit Litauens für unser Ostpreußen eine Lebensfrage ist, begrüßt man es lebhaft, daß die Existenz Litauens weiterhin gesichert bleibt. Betreffs einer endgültigen Lösung der Wilnafrage ist man allerdings recht skeptisch und glaubt, daß diese noch geraume Zeit in Anspruch nehmen werde.

Woldemaras über die latente Wilnakrise

Paris, 15. 12. (Funkspruch.) Wie bereits gemeldet, empfing gestern Woldemaras, der auch Doumergue und Poincaré einen Besuch abgestattet hat, die Pariser Presse. Auf die Frage, was seine in Genf gesprochenen Worte „Es hat sich etwas geändert" zu bedeuten hätten, antwortete Woldemaras: „Zuerst der Geisteszustand, vorher war feindliches Mißtrauen, jetzt herrscht der Wunsch der Versöhnung. Die Einstellung dessen, was man einen latenten Kriegszustand genannt hat, wird wohl nicht von allen in gleicher Weise ausgelegt. Für Litauen bedeutet der Kriegszustand das völlige Fehlen aller Beziehungen. Dagegen scheinen die Polen den Eindruck zu haben, daß Litauen jeden Augenblick die Feindseligkeiten eröffnen könnte. Für den Augenblick ist keine Rede davon, die Beziehungen herzustellen. Das einzige, was in Genf beschlossen wurde, ist die Eröffnung von Verhandlungen. Augenblicklich werden wir es mit direkten Verhandlungen versuchen. Jede Partei wird damit beginnen, eine Liste der zu regelnden Fragen aufzustellen und sie dem anderen Teil mitzuteilen. Das bedeutet für den Augenblick die Wiederherstellung des Friedenszustandes. Er hat gleichsamerweise unseren Verzicht auf eine Untersuchung gebracht. Nach den friedlichen Erklärungen Pilsudskis ist es unangebracht gewesen, darauf zu bestehen. Außerdem gestattet die Genfer Entscheidung, eine Investigation bei der geringsten Drohung zu verlangen. Für Litauen ist das hauptsächlichste Ergebnis von Genf, daß es erreicht hat, daß die Wilnafrage offen bleibt. Vor Genf behaupteten gewisse Leute, die Frage sei endgültig geregelt. Jetzt hat der Völkerbund zugegeben, daß jede der Parteien ihre ernsten juristischen Gründe hat. Jedermann, selbst Polen hat zugegeben, daß die Frage offen bleibt."

Da diese Erklärungen unter den anwesenden Journalisten ziemliche Unruhe verursachte, legte Woldemaras seine Gedanken noch näher aus, indem er auf den Text der Ratsentschließung verwies und erklärte, die Entscheidung berühre in nichts die Frage über Wilna. Woldemaras erklärte zum Schluß, daß Litauen Möglichkeiten bezüglich Wilnas durchaus gegeben seien. Zwei Nationen seien im Entstehen. Weißrußland und die Ukraine. Ihr Entstehen könnte für die Zukunft weitgehende Folgen haben. Litauen befinde sich zwischen drei Großmächten, von denen mindestens zwei daran interessiert seien, daß es nicht absorbiert werde. Mit Deutschland habe Litauen eine Wirtschaftssolidarität, da Deutschland 50 Prozent seines Handels aufnehme. Ebenfalls seien die großen Interessen gemeinsam.

Verhaftung von Kommunistenführern in Nordböhmen

Warnsdorf, 14. 12. Ueberraschende Verhaftungen von Kommunistenführern sind gestern und heute im nördlichen Böhmen erfolgt. Der Parteisekretär Franz Riemer wurde in Warnsdorf verhaftet. Drei andere Kommunisten, und zwar der Former Gürtler und die Fabrikarbeiter Gerber und Hübel, sind in Georgswalde festgenommen worden. Nach Informationen von eingeweihter Seite erscheinen die Genannten verdächtig, im Jahre 1926 eine große Zahl von Schießwaffen von Deutschland über die Grenze bei Georgswalde in die Tschechoslowakei eingeschmuggelt und sie nach Reichenberg weitergeleitet zu haben. Im Zusammenhang mit dieser Affäre soll ein roher Ueberfall stehen, der am letzten Freitag nachts in Georgswalde sich zutrug. Dort wurde neben seinem Wohnhause der kommunistische Stadtverordnete Deßner bewußtlos aufgefunden. Nach ärztlichen Feststellungen dürfte er mit einem nägelbeschlagenen Holzstück auf den Hinterkopf geschlagen worden sein, so daß er sofort die Besinnung verlor. In der Bevölkerung wird der Rohheitsakt mit der Verhaftung in Zusammenhang gebracht. Man spricht von Verrat, doch ist eine authentische Auskunft noch nicht erreichbar gewesen.

SLUB
Wir führen Wissen.